

cherche- und Enttarnungsarbeit haben sie als ‹Frühwarnsystem›¹⁵ in der Geschichte bereits viele rassistische und rechtsextreme Straftaten vereiteln können, was sogar der Bayerische Verfassungsschutz in seinem Bericht aus dem Jahr 2016 honorierte.

Insofern erfüllt das Engagement der Antifa-Bewegung offensichtlich einige Kriterien, die aus sozialwissenschaftlicher Perspektive den Begriff ‹Zivilgesellschaft›¹⁶ definieren: Erstens sind Selbstorganisation und Selbständigkeit charakteristisch für (autonome) Antifa-Gruppen; zweitens tragen sie ihre Debatten, Diskussionen und Konflikte im öffentlichen Raum aus, wodurch sie die Anerkennung von gesellschaftlicher Heterogenität anstreben; drittens orientiert sich die antifaschistische Bewegung am Gemeinwohl und den Gesamtinteressen der Gesellschaft. Während das Konzept der ‹Zivilgesellschaft› allerdings von der nicht-gewaltsamen und nicht-militärischen Austragung von Konflikten ausgeht, kennen insbesondere autonome Antifa-Gruppen nicht nur friedliche Formen des Protests. Da sie teilweise vor Gewalt gegen Sachen und Personen nicht zurückschrecken, wird die Einordnung der Antifa-Bewegung in dieses Konzept äußerst kontrovers diskutiert.

Weil zivilgesellschaftliches Engagement sowohl auf persönlicher Betroffenheit als auch auf politischer Solidarität beruht, bedarf es sowohl individuellen Mutes als auch kollektiven Unmutes der Akteur*innen.¹⁷ Dass die (autonome) Antifa-Bewegung dabei oftmals die Grenzen friedlicher Konfliktaustragung überschreitet und für sich punktuell ein Recht auf ‹Gewalt als politisches Lösungsmittel› reklamiert – sich also zur ‹Selbstjustiz› ermächtigt –, stößt auf enorme öffentliche Kritik. Dabei werden jedoch vielfach die Ambivalenzen der Antifa-Bewegung ausgeblendet und antifaschistische Aktivist*innen undifferenziert als ‹Systemoppositionelle› und ‹schwarzgekleidete Terrorist*innen› pauschalisiert.

Ein Paradebeispiel für diesen Bewertungsreflex lieferte abermals Donald Trump im Frühjahr 2020, als er in Folge der Protestwelle der «Black Lives Matter»-Bewegung ankündigte, Antifa-Gruppen als linksterroristische Vereinigungen einstufen und deshalb in den USA verbieten lassen zu wollen. In der Bundesrepublik löste das absurde Ansinnen des damaligen US-Präsidenten einen weiteren emotionalen Disput über das Phänomen Antifa in den sozialen Medien aus. Wie viele Privatpersonen reagierte auch die SPD-Vorsitzende Saskia Esken im Internet auf Donald Trumps Verbalattacken und twitterte unter Nennung ihres Alters: «58 und Antifa. Selbstverständlich.» Der SPD-Vorstand schloss sich diesem Vorstoß mit Verweis auf die jahrzehntelange Existenz der sozialdemokratischen Partei demonstrativ an: «157 und Antifa. Selbstverständlich.»

Die Kritik folgte postwendend. Der CDU-Generalsekretär Paul Ziemiak twitterte: «Gegen Faschismus & für Demokratie und Menschenrechte. Ohne Gewalt. Für mich selbstverständlich. Für die #Antifa nicht. Traurig, dass der Vorsitzenden [der] #SPD die Kraft zur Differenzierung fehlt.» Seine Amtskollegin von der FDP, Linda Teuteberg, schrieb auf dem Kurznachrichtendienst: «[...] Trump hin oder her: Eintreten gegen Rassismus & für Würde jedes Menschen hat nichts mit #Antifa zu tun. Jeder Demokrat ist Antifaschist, aber nicht jeder Antifaschist ist auch Demokrat.»¹⁸ In einem Gastkommentar für die Neue Zürcher Zeitung kritisierte die Journalistin Bettina Röhl nicht nur die Antifa-Bewegung polemisch mit den Worten «Was sich oft Antifa nennt, droht ununterbrochen mit Gewalt und Anschlägen etwa gegen Politiker oder Polizisten, sie steht für sinnlose Sachbeschädigungen in enormer Höhe», sondern sie konstruierte darin auch eine Kontinuitätslinie zwischen der Roten Armee Fraktion (RAF) und Antifa.¹⁹ Schließlich schrieb der Historiker Jan C. Behrends in einem Blogbeitrag vom Juni

2020 sogar, dass die Antifa «ein Produkt aus der Giftküche des Stalinismus» sei.²⁰

Diese Beispiele zeigen deutlich, dass der Begriff «Antifa» eine riesige Projektionsfläche für Symbolpolitik bietet. Viele, die sich an den Debatten über die antifaschistische Bewegung beteiligen, interpretieren den Begriff so, dass dieser ihren schablonenhaften Standpunkten und ihrem vorkonstruierten Weltbild entspricht. Selten kommt es aber zu einem aufrichtigen Dialog, in dem die Grenzen der eigenen Wahrnehmung verschoben werden und ein neuer kollektiver Bedeutungs- und Wissensraum geschaffen wird.²¹ Dabei wäre es eigentlich exakt das, was der Begriff «Antifa» und seine lange und traditionsreiche Geschichte verdient, anstatt zu einem unterkomplex behandelten Streitthema und zur «eierlegenden Wollmilchsau der Symbolpolitik»²² zu verkommen. Schließlich irren sich sowohl diejenigen, die in «der Antifa» ausschließlich militante Systemoppositionelle und potentielle Linksterrorist*innen sehen, als auch diejenigen, welche «die Antifa» kritiklos an ihren noblen Parolen und Zielen messen.

Dieser einführende Band stellt daher einen Versuch dar, sich der (Begriffs-)Geschichte und den Charakteristika der facettenreichen Antifa-Bewegung anzunähern und ein differenziertes Bild zu zeichnen. Beginnend bei den Streitigkeiten innerhalb der deutschen Linken im Zuge des Ersten Weltkrieges beschreibt das erste Kapitel vor allem den Entstehungskontext der Antifaschistischen Aktion in der Weimarer Republik sowie die viel zu spät ausgerufene linke Einheitsfront aus Kommunist*innen, Sozialdemokrat*innen und Gewerkschafter*innen, welche die NS-Diktatur, den Zweiten Weltkrieg und den Holocaust nicht verhindern konnte. In Anbetracht recht unterschiedlicher Widerstandsformen von Einzelpersonen, Gruppen und Institutionen gegen den Nationalsozialismus hat dieser Teilabschnitt dabei nur einen Überblickscharakter. Das zweite Kapitel behandelt

die Organisationen und Parteien, die sich in Deutschland auch nach 1945 das Thema «Antifaschismus» auf die Fahnen schrieben. In diesem Kontext wird auch die ambivalente Geschichte der Antifa-Bewegung in der DDR beleuchtet, wo «Antifaschismus» ein integraler Bestandteil der Staatsdoktrin war. Das dritte Kapitel des Buches beschreibt die Entstehung der autonomen Antifa-Gruppen in den frühen 1980er Jahren und deren Entwicklung bis in die Gegenwart. Es thematisiert sowohl Erfolge (z. B. dass durch das Engagement antifaschistischer Gruppen in den 1990er Jahren Rassismus und Rechtsextremismus als Gesellschaftsproblem etwas deutlicher erkannt wurde) als auch Krisen (z. B. den Bedeutungsverlust autonomer Antifa-Gruppen durch staatliche Antifaschismus-Programme) der Bewegung. Anschließend setzt sich das vierte Kapitel mit dem Balanceakt der Antifa-Bewegung «zwischen Bündnispolitik und Staatskritik» sowie «zwischen den Zielsetzungen demokratischer Aufklärung und radikaler Gesellschaftskritik» auseinander.²³ Thematisiert wird, welche Folgen – einerseits kontinuierliche Kontroversen über die Legitimität von Gewalt und andererseits staatliche Repressionen – aus diesem Dilemma resultieren.

1. Der Entstehungskontext der ‹Antifaschistischen Aktion›

Der Erste Weltkrieg gilt als die ‹Urkatastrophe› des 20. Jahrhunderts, dessen Vermächtnis ein von totalitären Ideologien bestimmtes ‹Zeitalter der Extreme›¹ mit einem noch blutigeren Zweiten Weltkrieg war. Dabei wird die nationalistische Stimmung im Deutschen Kaiserreich zu Beginn des Ersten Weltkrieges oft als ‹begeistert› oder ‹euphorisch› beschrieben. Der Schriftsteller Ernst Jünger, der selbst im ‹Großen Krieg› kämpfte, erklärte voller Enthusiasmus: ‹Da hatte uns der Krieg gepackt wie ein Rausch.›² Sein Schriftstellerkollege und späterer Literatur-Nobelpreisträger Thomas Mann teilte diese Begeisterung. In seinem Essay *Gedanken im Kriege* vom Herbst 1914 erklärte er: ‹Wie hätte der Künstler, der Soldat im Künstler nicht Gott loben sollen für den Zusammenbruch einer Friedenswelt, die er so satt, so überaus satt hatte! Krieg! Es war Reinigung, Befreiung, was wir empfanden.›³

Die initiale Kriegseuphorie war jedoch nur von kurzer Dauer. Es folgten riesige Materialschlachten, kollektives Töten durch technisierte Mordlust, verlustreiche Stellungskriege und sinnloses Massensterben wie in Verdun. Im Deutschen Kaiserreich verhängten die Militärbefehlshaber in jeder deutschen Provinz den Belagerungszustand und griffen dadurch in alle Bereiche des gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Lebens ein. Dieser von der gemeingültigen Rechtslage abweichende Ausnahmezustand sollte zum einen die Produktion auch während des